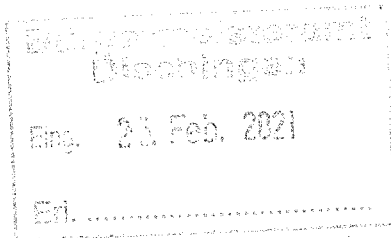


Landratsamt Heidenheim – 89505 Heidenheim

Herrn Bürgermeister  
Alfons Jakl  
Bürgermeisteramt Dischingen  
Marktplatz 9  
89561 Dischingen



Landratsamt Heidenheim  
Kommunalaufsicht

Gisela Schmidt  
Tel. 07321 321-2205  
Fax 07321 321-2340  
g.schmidt@landkreis-heidenheim.de

Az. 02-092/11

22.02.2021

Dienstgebäude  
Felsenstraße 36  
89518 Heidenheim  
Haus B, 2.OG, Raum B 227

Montag – Freitag 08:00 – 11:30 Uhr  
Montag 14:00 – 16:00 Uhr  
Donnerstag 14:00 – 17:30 Uhr

## **Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Gemeinde Dischingen für das Haushaltsjahr 2021 sowie Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Wasserversorgung Dischingen und Abwasserentsorgung Dischingen für das Wirtschaftsjahr 2021**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

alle zur Beurteilung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2021 sowie der Wirtschaftspläne 2021 der Eigenbetriebe Wasserversorgung Dischingen und Abwasserentsorgung Dischingen erforderlichen Unterlagen lagen Ende Januar 2021 vollständig vor. Die Prüfung ist abgeschlossen. Es ergeht folgender Erlass:

### **I. Haushaltssatzung 2021**

Die Gesetzmäßigkeit der vom Gemeinderat der Gemeinde Dischingen am 25. Januar 2021 in öffentlicher Sitzung beschlossenen Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 wird gemäß § 81 Abs. 2 Gemeindeordnung (GemO) i. V. m. § 121 Abs. 2 GemO bestätigt.

Aus dem in § 3 der Haushaltssatzung auf 6.460.000 Euro festgesetzten Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird der genehmigungspflichtige Teilbetrag von 4.000.000 Euro gemäß § 86 Abs. 4 GemO genehmigt.

Eine Vorwegentscheidung über die Genehmigung der nach der aktuellen Finanzplanung in den kommenden Jahren vorgesehenen Kreditaufnahmen ist damit nicht getroffen. Eine Genehmigung dieser Kreditaufnahmen kann zu gegebener Zeit nur auf Grund der konkreten Finanzlage der Gemeinde Dischingen unter Beachtung der §§ 77, 78 und 87 GemO erteilt werden.

Der in § 4 der Haushaltssatzung auf 2.300.000 Euro festgesetzte Höchstbetrag der Kassenkredite ist gemäß § 89 Abs. 3 GemO nicht genehmigungspflichtig, da er ein Fünftel der im Ergebnishaushalt veranschlagten ordentlichen Aufwendungen nicht übersteigt.

## **II. Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebs Wasserversorgung Dischingen**

Die Gesetzmäßigkeit des vom Gemeinderat der Gemeinde Dischingen am 25. Januar 2021 in öffentlicher Sitzung festgestellten Wirtschaftsplans für den Eigenbetrieb Wasserversorgung Dischingen für das Wirtschaftsjahr 2021 wird gemäß § 12 Eigenbetriebsgesetz (EigBG) i. V. m. § 81 Abs. 2 GemO, § 121 Abs. 2 GemO bestätigt.

Der in § 2 des Wirtschaftsplans auf 821.642 Euro festgesetzte Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird gemäß § 12 EigBG i. V. m. § 87 Abs. 2 GemO genehmigt.

Der in § 3 des Wirtschaftsplans auf 215.000 Euro festgesetzte Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Wirtschaftsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird gemäß § 12 EigBG i. V. m. § 86 Abs. 4 GemO genehmigt.

Eine Vorwegentscheidung über die Genehmigung der nach der aktuellen Finanzplanung in den kommenden Jahren vorgesehenen Kreditaufnahmen ist damit nicht getroffen. Eine Genehmigung dieser Kreditaufnahmen kann zu gegebener Zeit nur auf Grund der konkreten Finanzlage im Eigenbetrieb Wasserversorgung der Gemeinde Dischingen unter Beachtung von § 12 EigBG i. V. m. §§ 77, 78 und 87 GemO erteilt werden.

Der in § 4 des Wirtschaftsplans auf 150.000 Euro festgesetzte Höchstbetrag der Kassenkredite liegt unter einem Fünftel der im Ergebnishaushalt veranschlagten ordentlichen Aufwendungen und bedarf daher gemäß § 12 EigBG i. V. m. § 89 Abs. 3 GemO keiner Genehmigung.

## **III. Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung Dischingen**

Die Gesetzmäßigkeit des vom Gemeinderat der Gemeinde Dischingen am 25. Januar 2021 in öffentlicher Sitzung festgestellten Wirtschaftsplans für den Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Dischingen für das Wirtschaftsjahr 2021 wird gemäß § 12 Eigenbetriebsgesetz (EigBG) i. V. m. § 81 Abs. 2 GemO, § 121 Abs. 2 GemO bestätigt.

Der in § 2 des Wirtschaftsplans auf 948.342 Euro festgesetzte Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) kann nicht in voller Höhe genehmigt werden. Kreditaufnahmen sind lediglich bis zur Höhe von 904.856 Euro zulässig. Der zulässige Gesamtbetrag der Kreditermächtigung von 904.856 Euro wird gemäß § 12 EigBG i. V. m. § 87 Abs. 2 GemO genehmigt.

Aus dem in § 3 des Wirtschaftsplans auf 962.700 Euro festgesetzten Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Wirtschaftsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird aus der genehmigungsfähigen Summe der genehmigungspflichtige Betrag von 611.909 Euro gemäß § 12 EigBG i. V. m. § 86 Abs. 4 GemO genehmigt. Nicht genehmigt werden die für das Wirtschaftsjahr 2023 in Höhe von 261.500 Euro eingestellten genehmigungspflichtigen Verpflichtungsermächtigungen.

Eine Vorwegentscheidung über die Genehmigung der nach der aktuellen Finanzplanung in den kommenden Jahren vorgesehenen Kreditaufnahmen ist damit nicht getroffen. Eine Genehmigung dieser Kreditaufnahmen kann zu gegebener Zeit nur auf Grund der konkreten Finanzlage im Eigenbetrieb Abwasserentsorgung der Gemeinde Dischingen unter Beachtung von § 12 EigBG i. V. m. §§ 77, 78 und 87 GemO erteilt werden.

Der in § 4 des Wirtschaftsplans auf 230.000 Euro festgesetzte Höchstbetrag der Kassenkredite liegt unter einem Fünftel der im Ergebnishaushalt veranschlagten ordentlichen Aufwendungen und bedarf daher gemäß § 12 EigBG i. V. m. § 89 Abs. 3 GemO keiner Genehmigung.

#### **IV. Kürzung der Genehmigung der Verpflichtungsermächtigungen im Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Dischingen**

Im Haushaltsplan und in den Wirtschaftsplänen wurden insgesamt sehr hohe Verpflichtungsermächtigungen eingestellt, die eine erhebliche Belastung für künftige Jahre mit sich bringen. Teilweise betreffen die Verpflichtungsermächtigungen Maßnahmen, für die im laufenden Haushalts- und Wirtschaftsjahr keine Auszahlungen vorgesehen sind. Der Haushaltsplan und die Wirtschaftspläne enthalten gemäß § 80 Abs. 1 Ziffer 3 GemO die notwendigen Verpflichtungsermächtigungen. Die Gemeindeverwaltung legte dar, dass alle im Haushaltsplan und im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung enthaltenen Verpflichtungsermächtigungen notwendig sind. Für die im Eigenbetrieb Abwasserentsorgung eingestellten Verpflichtungsermächtigungen wurde erklärt, dass die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 261.500 Euro, die das Wirtschaftsjahr 2023 betreffen, nicht notwendig sind. Der Betrag von 261.500 Euro wäre auf Grund der für das Wirtschaftsjahr 2023 vorgesehenen Kreditaufnahmen genehmigungspflichtig. Die Genehmigung wurde nicht erteilt, da die Voraussetzung der Notwendigkeit nach § 80 Abs. 1 Nr. 3 GemO nicht gegeben ist.

#### **V. Kürzung der Kreditermächtigung im Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Dischingen**

Wie bereits in den drei zurückliegenden Wirtschaftsjahren 2018 bis 2020 kann im aktuellen Wirtschaftsjahr der im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung Dischingen eingestellte Kreditbedarf erneut nicht in voller Höhe genehmigt werden.

In den Vorjahren entstandene ausgleichspflichtige Kostenüberdeckungen sind den Gebührenschuldern über eine entsprechende Gebührenkalkulation zurückzugeben. Zu diesem Zweck

wird in der Bilanz in Höhe der ausgleichspflichtigen Beträge eine Gebührenausgleichsrückstellung ausgewiesen. Im Ergebnishaushalt wird der für den Ausgleich im laufenden Wirtschaftsjahr vorgesehene Ausgleichsbetrag von 43.486 Euro als sonstiger ordentlicher Ertrag aus der Gebührenausgleichsrückstellung entnommen. Nach der Wirtschaftsplanung soll dieser Gebührenausschleich über Kredite finanziert werden, was nicht zulässig ist, denn Kreditaufnahmen sind nur für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen sowie im Eigenbetrieb zur Finanzierung der Lücke zwischen Tilgung und Nettoabschreibung und für die Rückzahlung von Stammkapital möglich. Der Ausgleich gebührenrechtlicher Kostenüberdeckungen ist aus den liquiden Mitteln zu finanzieren. Sofern nicht ausreichend liquide Mittel zur Verfügung stehen, müssen entsprechende Mittel aus dem Kernhaushalt der Gemeinde Dischingen zugeführt werden.

Unter Herausrechnung der nicht zulässigen Kreditfinanzierung des Ausgleichs gebührenrechtlicher Kostenüberdeckungen ergibt sich eine genehmigungsfähige Kreditermächtigung in Höhe von 904.856 Euro; die im Wirtschaftsplan eingestellte Kreditermächtigung wird um 43.486 Euro gekürzt.

Von einer förmlichen Beanstandung wird auch im laufenden Wirtschaftsjahr abgesehen, so dass der Wirtschaftsplan in Kraft treten kann. Dies auch vor dem Hintergrund, dass in den letzten Jahren die Kreditermächtigungen nicht immer voll ausgeschöpft werden mussten. Die Gemeinde Dischingen muss jedoch die notwendigen Maßnahmen zur Schließung der Finanzierungslücke von 43.486 Euro treffen.

Vorsorglich der Hinweis, dass nach der Darstellung in der Finanzplanung in allen Folgejahren der gebührenrechtliche Ausgleich von Kostenüberdeckungen ebenfalls in unzulässiger Weise über Kredite finanziert werden soll. Dadurch ergeben sich Finanzierungslücken von 18.178 Euro im Jahr 2022 und jeweils 10.000 Euro in den Jahren 2023 und 2024. Hier sind entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Sofern die Gemeindeverwaltung Dischingen davon ausgeht, dass in den zurückliegenden Jahren für Investitionen nicht die notwendigen Kreditaufnahmen getätigt wurden und hier eine Nachfinanzierung erfolgen muss, ist dies schlüssig darzulegen. Sollte dies der Fall sein, wäre die Nachfinanzierung über eine einmalige und zweckgebundene Kreditermächtigung in Höhe des für bereits erfolgte Investitionen noch nicht langfristig finanzierten Betrags denkbar. Eine mögliche Nachfinanzierung würde die bereits weit über dem Durchschnitt liegende Verschuldung des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung noch weiter erhöhen.

## **VI. Anmerkungen zur Finanzlage**

Seit die Gemeinde Dischingen im Jahr 2018 das Haushalts- und Rechnungswesen auf die Regelungen des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens umgestellt hat, zeichnet sich trotz noch nicht festgestellter Jahresrechnungen ab, dass im Ergebnishaushalt jährlich von deutlichen Verbesserungen gegenüber der ursprünglichen Haushaltsplanung ausgegangen wer-

den kann. In allen drei Jahren ergab sich vor Abschreibungen und Rückstellungen ein voraussichtliches ordentliches Ergebnis zwischen rund 3,4 Millionen Euro und 3,9 Millionen Euro.

Für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 haben sich die ordentlichen Ergebnisse auch unter Einbeziehung der Abschreibungen mit jährlich rund 450.000 Euro sowie der vorgesehenen FAG-Rückstellungen mit 1,3 Millionen Euro für das Jahr 2019 bzw. 1,9 Millionen Euro für Jahr 2020 gegenüber der jeweiligen Haushaltsplanung stark verbessert, was in erster Linie auf Einzahlungen aus der Gewerbesteuer zurückzuführen ist – 2020 kommt noch die Gewerbesteuerkompensationszahlung hinzu.

Auf Grund der guten Ergebnisse ergibt sich in den Jahresrechnungen voraussichtlich ein Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit, der zusammen mit der Tatsache, dass Investitionsvorhaben teilweise nicht realisiert werden konnten, zu einer deutlichen Verbesserung der Liquidität führte. Der Finanzierungsmittelbestand zum 31.12.2020 beträgt voraussichtlich 9.470.000 Euro – die Haushaltsplanung 2020 ging zum Jahresende 2020 noch von einem deutlich geringeren Finanzierungsmittelbestand in Höhe von etwa 2.427.000 Euro aus. Auf vorgesehene Kreditaufnahmen konnte jährlich verzichtet werden, woraus im Kernhaushalt der Rückgang der Verschuldung resultiert. Zum 31.12.2020 liegt die Pro-Kopf-Verschuldung im Kernhaushalt bei 380 Euro und damit in etwa bei der durchschnittlichen Pro-Kopf-Verschuldung von Gemeinden vergleichbarer Größenordnung in Baden-Württemberg. Nach der Haushaltsplanung 2020 musste zum Jahresende 2020 noch mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 839 Euro gerechnet werden.

Die gute Finanzlage der zurückliegenden Jahre ist im Hinblick auf das laufende Jahr und die Folgejahre des Finanzplanungszeitraums äußerst positiv zu bewerten, denn die hohe Steuerkraft der Jahre 2019 und 2020 hat über die Systematik des kommunalen Finanzausgleichs negative Auswirkungen auf das ordentliche Ergebnis des Jahres 2021 und vor allem auf das ordentliche Ergebnis des Jahres 2022.

Der Ergebnishaushalt des laufenden Haushaltsjahres weist ein negatives ordentliches Ergebnis von mehr als minus 1,9 Millionen Euro aus – gegenüber der Prognose der Finanzplanung 2020 eine Verschlechterung von über einer Million Euro. Der Aufwandsdeckungsgrad liegt bei 83,4 Prozent – rund 16 Prozent der ordentlichen Aufwendungen werden im Haushaltsjahr 2021 nicht aus den ordentlichen Erträgen gedeckt. Eine zentrale Zielsetzung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens, die Erwirtschaftung der verbrauchten Ressourcen, wird nicht erreicht.

Zum Teil ist dies auf die Entwicklung der steuerkraftabhängigen Einzahlungen und Auszahlungen des kommunalen Finanzausgleichs zurückzuführen. Wurde im Finanzplan 2020 für den Finanzausgleich beim Saldo aus den steuerkraftabhängigen Einzahlungen und Auszahlungen für das Jahr 2021 noch von einem Minus in Höhe von knapp 514.000 Euro ausgegangen, rechnet der aktuelle Haushaltsplan hier mit einem negativen Saldo von etwa minus 967.000 Euro. Tatsächlich dürfte sich hier jedoch eine Verbesserung ergeben, da bei der Berechnung von Gewerbesteuer- und Kreisumlage die Umlagesätze zu hoch angesetzt wurden. Der Anteil der Kreisumlage an den

ordentlichen Aufwendungen ist um knapp einen Prozentpunkt zurückgegangen – bei Berücksichtigung des tatsächlich etwas niedrigeren Kreisumlagesatzes ging dieser Anteil um etwas mehr als einen Prozentpunkt zurück. Dass sich das ordentliche Ergebnis 2021 gegenüber der Finanzplanung 2020 verschlechtert hat, ist neben den Auswirkungen des kommunalen Finanzausgleichs insbesondere auch auf gegenüber der Finanzplanung 2020 höher eingestellten ordentlichen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und für sonstige ordentliche Aufwendungen – hier vor allem Aufwendungen für Schülerbeförderungskosten sowie Beratung, Prüfung, Gutachten, Planung – zurückzuführen.

Die Transferaufwandsquote, also der Anteil des Ressourcenverbrauchs, der durch Leistungen an Dritte ohne konkrete Gegenleistung verursacht wird, liegt mit 48,5 Prozent um 0,5 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. Zu den Transferaufwendungen zählen neben Zuweisungen und Zuschüssen an Dritte für laufende Zwecke unter anderem auch die von der Gemeinde zu leistenden steuerkraftabhängigen Umlagen des kommunalen Finanzausgleichs. In erster Linie bedingt durch die geringeren Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen liegt die Umlagenquote – der Anteil der Umlagen an den ordentlichen Erträgen - bei 16 Prozent; gegenüber dem vorangegangenen Haushaltsjahr ein Rückgang um etwa 1,4 Prozentpunkte.

Der Kostendeckungsgrad der Kindergärten hat sich um knapp drei Prozentpunkte erhöht. War beim Kostendeckungsgrad des Bestattungswesens im Vorjahr noch ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen, liegt der Kostendeckungsgrad im laufenden Jahr bei Betrachtung aller Einrichtungen, also der Friedhöfe und der Leichenhallen, mit etwa 38 Prozent um rund 11 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Diese Steigerung ergibt sich nicht nur durch geringere Aufwendungen, sondern auch dadurch, dass bei den Friedhöfen im Vorjahresvergleich geringere und bei den Leichenhallen im Gegensatz zum Vorjahr keine internen Leistungsverrechnungen angesetzt wurden. Im Hinblick auf die Beantragung von Landeszuschüssen zu Investitionsmaßnahmen wird die zeitnahe Neukalkulation der Bestattungsgebühren empfohlen.

Bei Gegenüberstellung der zahlungswirksamen Vorgänge des Ergebnishaushalts ergibt sich ein Zahlungsmittelbedarf von knapp 1,5 Millionen Euro. Der mindestens in Höhe der Tilgungsauszahlungen zu erwirtschaftende Zahlungsmittelüberschuss wird nicht erreicht. Der laufende Betrieb ist nicht in der Lage, die konsumtiven Auszahlungen und die Tilgungsauszahlungen zu erwirtschaften. Der sich im konsumtiven Bereich ergebende Zahlungsmittelbedarf und auch die Tilgung müssen aus dem Finanzhaushalt gedeckt werden bzw. gehen zu Lasten der Liquidität. Die aus dem Finanzhaushalt des laufenden Jahres verfügbaren Ersatzdeckungsmittel aus Beiträgen, Darlehensrückflüssen und Veräußerungserlösen sind nicht ausreichend, so dass zusätzlich vorhandene Zahlungsmittel einzusetzen sind. Mittel, die zur Finanzierung der hohen Auszahlungen für die Investitionstätigkeit beitragen, können im laufenden Betrieb nicht erwirtschaftet werden.

Die im Finanzhaushalt mit mehr als 6,5 Millionen Euro veranschlagten Auszahlungen für Investitionstätigkeit liegen zwar um etwa 700.000 Euro unter den im Vorjahr veranschlagten Investitionsauszahlungen, sind jedoch um rund 4 Millionen Euro höher als nach der Finanzplanung 2020 für das Haushaltsjahr 2021 prognostiziert. Von den Auszahlungen für Investitionstätigkeit entfallen etwa 4,1 Millionen Euro auf Baumaßnahmen. Investitionsschwerpunkte des Haushaltsjahres

sind Grunderwerb, Erschließungs- und Straßenbaumaßnahmen im Bereich der Gemeindestraßen und Feldwege, die Herstellung von Räumlichkeiten für eine Arztpraxis und einen ambulanten Pflegedienstleister und eine erste Rate für den Rathausneubau. Für die Breitbandverkabelung in der Gemeinde sind Auszahlungen von knapp 950.000 Euro vorgesehen, hier wird jedoch mit hohen Zuschüssen gerechnet. Außerdem ist beabsichtigt, jedem der beiden Eigenbetriebe ein Investitionsdarlehen von 500.000 Euro zu gewähren.

Die vorgesehenen Investitionen sollen zum größten Teil aus Eigenmitteln finanziert werden; die Eigenfinanzierungsquote beträgt 72 Prozent. Überwiegend kommen die Eigenmittel aus dem Finanzierungsmittelbestand – hieraus werden 63 Prozent der investiven Auszahlungen bestritten. Fremdfinanzierungsmittel sollen nur aus Investitionszuschüssen generiert werden; etwa 29 Prozent der Investitionsauszahlungen sollen durch Zuschüsse gedeckt werden.

Da im laufenden Haushaltsjahr keine Kreditaufnahmen vorgesehen sind, ist die Verschuldung im Umfang der Tilgungsausgaben von knapp 87.000 Euro rückläufig. Die Pro-Kopf-Verschuldung des Kernhaushalts wird im Jahr 2021 um 20 Euro zurückgehen und zum Jahresende bei 360 Euro liegen – knapp unter der durchschnittlichen Pro-Kopf-Verschuldung von Gemeinden vergleichbarer Größenordnung in Baden-Württemberg, die bezogen auf 31.12.2019 bei 371 Euro lag.

Der Bestand an liquiden Eigenmitteln liegt zu Jahresbeginn unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Ergebnisse der Vorjahre bei 9.470.000 Euro. Der Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit und die vorgesehenen Auszahlungen für investive Maßnahmen erfordern den Einsatz liquider Mittel in Höhe von nahezu 5,6 Millionen Euro. Trotz des starken Rückgriffs auf vorhandene Finanzierungsmittel wird die Liquidität zum Ende des Haushaltsjahrs mit beinahe 3,9 Millionen Euro noch immer deutlich über der nach § 22 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) notwendigen Mindestliquidität liegen, was im Hinblick auf die Folgejahre des Finanzplanungszeitraums positiv zu bewerten ist.

Ging die Finanzplanung des Jahres 2020 für das Jahr 2022 noch von einem positiven ordentlichen Ergebnis in Höhe von 1,4 Millionen Euro aus, stellt sich die Finanzlage des Jahres 2022 im aktuellen Finanzplan erheblich schlechter dar. Für das Jahr 2022 wird ein negatives ordentliches Ergebnis in Höhe von mehr als minus 3,1 Millionen Euro erwartet – in Summe eine Verschlechterung um 4,5 Millionen Euro. Der Aufwandsdeckungsgrad wird bei nur noch 74,75 Prozent liegen, ein Viertel des Ressourcenverbrauchs wird nicht durch die ordentlichen Erträge des konsumtiven Bereichs erwirtschaftet werden. Zwar wird für die Jahre 2023 und 2024 wieder von positiven ordentlichen Ergebnissen ausgegangen, dabei hat sich die im Finanzplan 2020 für das Jahr 2023 enthaltene Prognose jedoch um rund eine Million Euro ermäßigt – die für die Jahre 2023 und 2024 eingestellten ordentlichen Ergebnisse liegen bei rund 680.000 Euro bzw. 780.000 Euro.

Der starke Einbruch der Finanzlage im Jahr 2022 ist auf die Systematik des kommunalen Finanzausgleichs zurückzuführen. Ging die Finanzplanung des Jahres 2020 im kommunalen Finanz-

ausgleich beim Saldo aus den steuerkraftabhängigen Zuweisungen und Umlagen noch von einem Überschuss in Höhe von etwa 1,8 Millionen Euro aus, errechnet sich wegen der hohen Steuerkraft der Gemeinde Dischingen im Jahr 2020 nun ein negativer Saldo von über minus 2,4 Millionen Euro – eine Differenz von beinahe 4,3 Millionen Euro. In der Folge wird die Transferaufwandsquote im Jahr 2022 um knapp 8 Prozentpunkte auf etwas über 56 Prozent ansteigen, die Umlagenquote wird um etwa 5 Prozentpunkte auf rund 11 Prozent absinken. Der Anteil der Nettosteuerkraft an den ordentlichen Erträgen wird im Jahr 2022 mit etwa 6,6 % äußerst gering sein. In den Jahren 2023 und 2024 stellt sich die Finanzlage wieder besser dar. Die Transferaufwandsquote wird sich wieder leicht unter dem Wert des laufenden Haushaltsjahres bewegen, die Umlagenquote wird bei jeweils gut 26 Prozent liegen und die Nettosteuerkraft wird sich deutlich erhöhen und einen Anteil an den ordentlichen Erträgen von weit über 40 Prozent erreichen.

Der Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit wird sich im Jahr 2022 gegenüber dem aktuellen Haushaltsjahr um beinahe 1,2 Millionen Euro erhöhen und bei knapp 2,7 Millionen Euro liegen. Der konsumtive Bereich wird die laufenden Auszahlungen nicht erwirtschaften. Erneut muss der investive Bereich nicht nur die Tilgungsauszahlungen finanzieren, sondern auch zu den laufenden Auszahlungen beitragen. Dass wie im laufenden Jahr auch im Jahr 2022 die vorhandenen Ersatzdeckungsmittel nicht ausreichen, kann wiederum durch die vorhandene Liquidität ausgeglichen werden. Für die Jahre 2023 und 2024 wird davon ausgegangen, dass ein Zahlungsmittelüberschuss erreicht werden kann, der neben den Tilgungsauszahlungen auch einen Teil der Investitionsmaßnahmen finanzieren kann – im Jahr 2023 sollen über die Nettofinanzierungsmittel rund 20 Prozent der Investitionen finanziert werden, für das Jahr 2024 wird hier ein Finanzierungsanteil von 49 Prozent erwartet.

Die Auszahlungen für investive Maßnahmen liegen in den Jahren 2022 und 2023 zwar etwas unter dem Niveau des laufenden Haushaltsjahres, aber mit jeweils rund 5,2 Millionen Euro deutlich über den im Finanzplan 2020 für diese Jahre vorgesehenen Auszahlungen für Investitionen. Ursächlich hierfür sind die vorgesehenen hohen Auszahlungen für den Rathausneubau und für Maßnahmen im Bereich der Gemeindestraßen. Die im aktuellen Haushalt eingestellten Verpflichtungsermächtigungen von mehr als 6,4 Millionen Euro betreffen diese Maßnahmen – für den Rathausneubau sind gut 4,4 Millionen Euro an Verpflichtungen für die Folgejahre vorgesehen, für den Bereich der Gemeindestraßen und der Feld-/Wirtschaftswege belaufen sich die vorgesehenen Verpflichtungen auf über zwei Millionen Euro.

Für das Jahr 2024 werden die Investitionsauszahlungen bei etwa 2,3 Millionen Euro liegen.

Für alle Folgejahre des Finanzplanungszeitraums geht die Gemeinde Dischingen von Investitionszuweisungen Dritter aus, deren Finanzierungsanteil an den Investitionsauszahlungen von rund 46 % im Jahr 2022 auf etwa 51 % im Jahr 2024 ansteigt.

Waren im Finanzplan 2020 für die Jahre 2022 und 2023 noch keine Kreditaufnahmen vorgesehen, sollen nach dem aktuellen Finanzplan Kreditaufnahmen von 2,5 Millionen Euro im Jahr 2022 und 1,5 Millionen Euro im Jahr 2023 notwendig sein – die Kreditfinanzierungsquoten liegen im Jahr 2022 bei 48 Prozent und im Jahr 2023 bei 29 Prozent. Durch die vorgesehenen Kreditaufnahmen wird die Verschuldung im Kernhaushalt bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums bei



5,3 Millionen Euro liegen – dies entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.215 Euro. Die Verschuldung wird sich damit innerhalb von vier Jahren nahezu verdreifachen und die Pro-Kopf-Verschuldung wird allein im Kernhaushalt beim etwa dreifachen des Landesdurchschnitts liegen.

Im Jahr 2022 wird der Finanzierungsmittelbestand erneut zurückgehen – der Rückgang ist mit knapp 2,9 Millionen Euro vorgesehen. Der größte Teil ist für den im Jahr 2022 ausgewiesenen Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit, also für den konsumtiven Bereich, einzusetzen – als Finanzierungsanteil für Investitionen dienen nur knapp vier Prozent der eingesetzten Liquidität. Dies bedeutet einen erheblichen Substanzverlust. Da die Finanzlage der Gemeinde Dischingen großen Schwankungen ausgesetzt ist, wird sich der periodisch wiederkehrende Einsatz vorhandener Liquidität für Auszahlungen im konsumtiven Bereich wegen der Systematik des kommunalen Finanzausgleichs nicht vermeiden lassen. Die Ansammlung hoher liquider Eigenmittel, die dann für die Schwankungen aus dem Finanzausgleich eingesetzt werden können, ist hier ein wichtiges Instrument der Gegensteuerung.

In den Jahren 2023 und 2024 soll der Bestand an liquiden Eigenmitteln um rund 260.000 Euro erhöht werden – zum Ende des Finanzplanungszeitraums wird der Bestand bei etwa 1,26 Millionen Euro liegen.

Vor allem die mit der Finanzplanung prognostizierte Entwicklung der Verschuldung und der Liquidität wird von den jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, deren Entwicklung derzeit nur schwer vorhersehbar ist, sowie von den sich vielleicht ergebenden Änderungen bei den investiven Maßnahmen und der Höhe der Investitionszuweisungen Dritter abhängen. Aller Voraussicht nach wird die Finanzlage der Gemeinde Dischingen wegen der hohen Abhängigkeit vom System des kommunalen Finanzausgleichs auch künftig großen Schwankungen ausgesetzt sein. Eine gute Ausstattung mit liquiden Eigenmitteln ist daher von Vorteil. Die Gemeinde Dischingen beabsichtigt zum Ausgleich der Schwankungen aus dem kommunalen Finanzausgleich Rückstellungen zu bilden, was zu begrüßen ist. Im Zeitpunkt der Inanspruchnahme der Rückstellungen muss die Liquidität jedoch auch tatsächlich vorhanden sein. Die sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung ist in den kommenden Jahren weiterhin von hoher Bedeutung, ebenso die optimale Ausschöpfung der Einnahmen und die sorgfältige Planung von Investitionsvorhaben. Die Kernziele des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens, die Erwirtschaftung des Ressourcenverbrauchs und die Gewährleistung der stetigen Aufgabenerfüllung, müssen auch künftig das Handeln der Gemeinde Dischingen leiten. Die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde Dischingen muss sichergestellt sein.

Wie schon im Wirtschaftsjahr 2020 wird im Eigenbetrieb Wasserversorgung Dischingen insbesondere das für das laufende Wirtschaftsjahr aber auch das für die Folgejahre eingestellte positive ordentliche Ergebnis jeweils deutlich unter dem in der Finanzplanung des Vorjahres prognostizierten Ergebnis liegen. Sowohl für das laufende Wirtschaftsjahr als auch für die Folgejahre des Finanzplanungszeitraums ergibt sich nach der Planung ein Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit, der über dem Mindestzahlungsmittelüberschuss liegt.

Die Auszahlungen für investive Maßnahmen haben sich gegenüber der Finanzplanung des Vorjahres für die Jahre 2021 und 2023 erhöht. In der Folge ergibt sich für diese Jahre auch ein höherer Kreditbedarf. Für das Jahr 2024 sind für Investitionen lediglich noch 93.000 Euro veranschlagt.

Die Kreditermächtigung des zurückliegenden Wirtschaftsjahres wurde nicht voll ausgeschöpft und muss auch über die getätigten Kreditaufnahmen hinaus nicht mehr in Anspruch genommen werden. Die Verschuldung wird bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums weiter ansteigen. Liegt die Pro-Kopf-Verschuldung zu Beginn des Wirtschaftsjahres bei 509 Euro, wird sie bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums 699 Euro betragen. Damit liegt die Verschuldung deutlich über der Durchschnittverschuldung der Eigenbetriebe von Gemeinden vergleichbarer Größenordnung in Baden-Württemberg (273 Euro je Einwohner zum 31.12.2019).

Weder im laufenden Wirtschaftsjahr noch in den Folgejahren des Finanzplanungszeitraums soll sich der Finanzierungsmittelstand des Eigenbetriebs Wasserversorgung verändern, so dass der Bestand zum Jahresende konstant bei 95.000 Euro liegen wird.

Gebührenausgleichsrückstellungen werden für den Eigenbetrieb Wasserversorgung nicht gebildet. Erzielte Überschüsse werden laut Gewinnabführungsvertrag als Konzessionsabgabe an den Kernhaushalt der Gemeinde Dischingen abgeführt.

Nach der Planung für den Ergebnishaushalt des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung Dischingen wird für das laufende Wirtschaftsjahr und für alle Folgejahre bis 2024 stets von einem ausgeglichenen Ergebnishaushalt ausgegangen – es wird sich weder ein Überschuss noch ein Verlust ergeben. Sofern gebührenrechtliche Kostenüber- oder Kostenunterdeckungen entstehen, werden diese im Rahmen des Jahresabschlusses mit einer bilanziellen Gebührenausgleichsrückstellung verrechnet.

Der jährlich ausgewiesene Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit hat sich gegenüber der Finanzplanung des Vorjahres deutlich erhöht, wird jedoch die Auszahlungen für die ordentliche Tilgung nicht erreichen.

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit im Bereich der Abwasserentsorgung haben sich gegenüber der Finanzplanung des Vorjahres vor allem im laufenden Wirtschaftsjahr, aber auch für die Jahre 2022 und 2023 stark erhöht. Dies hängt mit zahlreichen Sanierungs- und Erschließungsmaßnahmen sowie mit der notwendigen Optimierung der Regenüberlaufbecken zusammen. Die höheren Investitionsauszahlungen haben im laufenden Wirtschaftsjahr und in den Folgejahren eine deutliche Erhöhung des Kreditbedarfs zur Folge. Schon zu Beginn des Wirtschaftsjahres liegt die Pro-Kopf-Verschuldung im Eigenbetrieb Abwasserentsorgung mit 933 Euro erheblich über dem Landesdurchschnitt der Eigenbetriebe von Gemeinden vergleichbarer Größenordnung. Durch die für die Folgejahre vorgesehenen und genehmigungsfähigen Kreditaufnahmen wird die Pro-Kopf-Verschuldung zum Ende des Finanzplanungszeitraums mit 1.198 Euro bei mehr als dem Vierfachen der durchschnittlichen Pro-Kopf-Verschuldung der Eigenbetriebe von Gemeinden vergleichbarer Größenordnung in Baden-Württemberg liegen. Da

die Tilgungsausgaben nicht aus den Nettoabschreibungen erwirtschaftet werden, trägt die zulässige Kreditfinanzierung dieser Differenz zwischen Tilgungen und Abschreibungen zum Schuldenanstieg bei.

Der Finanzierungsmittelbestand des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung soll im laufenden Jahr und in allen Folgejahren stets unverändert bleiben und konstant bei 67.700 Euro liegen. Ein unveränderter Finanzierungsmittelbestand war nach der Wirtschaftsplanung 2020 auch schon für das Jahr 2020 vorgesehen – dennoch ging die Liquidität im vergangenen Wirtschaftsjahr um mehr als 240.000 Euro zurück.

Die Gesamtverschuldung der Gemeinde Dischingen, also die Verschuldung des Kernhaushalts und der Eigenbetriebe, wird zum 31.12.2021 bei 9.265.444 Euro liegen – zum Ende des Finanzplanungszeitraums wird der Gesamtschuldenstand voraussichtlich etwas über 13.600.000 Euro betragen; dies entspricht 3.112 Euro je Einwohner.

In den genannten Beträgen der Gesamtverschuldung sind auch die Darlehen, welche die Gemeinde im Jahr 2020 den Eigenbetrieben gewährt hat bzw. in 2021 gewähren wird sowie das schon länger bestehende Trägerdarlehen der Gemeinde an den Eigenbetrieb Abwasserentsorgung enthalten. Ohne diese Darlehen der Gemeinde an die Eigenbetriebe wird die konsolidierte Gesamtverschuldung der Gemeinde Dischingen zum Ende des Finanzplanungszeitraums bei voraussichtlich etwa 11.265.000 Euro liegen, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2.578 Euro entspricht. Damit wird die konsolidierte Gesamtverschuldung der Gemeinde Dischingen beim rund 3,9-fachen der durchschnittlichen Gesamtverschuldung von Gemeinden vergleichbarer Größenordnung in Baden-Württemberg (655 Euro je Einwohner zum 31.12.2019) liegen. Trotz des aktuell günstigen Zinsniveaus sollte die Gemeinde Dischingen dem Anstieg der Verschuldung entgegenwirken. Nach der aktuellen Darstellung in der Finanzplanung wird die Schuldenstandsquote zum 31.12.2024 bei etwas über 1,6 liegen und damit dem kritischen Wert von zwei nahekommen.

## **VII. Einzelbemerkungen**

- Die Gemeinde Dischingen macht von der nach § 4 Abs. 4 GemHVO eingeräumten Möglichkeit, die Teilfinanzhaushalte auf die Investitionstätigkeit zu beschränken, Gebrauch. Hierbei sind Investitionen oberhalb örtlich festzulegender Wertgrenzen einzeln darzustellen. Nach Auskunft der Gemeindeverwaltung wurden bisher keine Wertgrenzen festgelegt. Die Festlegung dieser Wertgrenzen durch den Gemeinderat muss noch erfolgen.
- Bei der Berechnung der Gewerbesteuerumlage noch ein Umlagesatz vom 65 v. H. angewandt – der Umlagesatz ist mit 35 v. H. deutlich niedriger. Auch bei der Kreisumlage wurde noch mit einem höheren Umlagesatz gerechnet. Dadurch dürften sich im Ergebnishaushalt noch leichte Verbesserungen ergeben.

- Die Berechnung der Mindestliquidität ist durch einen Übertragungsfehler im Haushaltsplan und in den Wirtschaftsplänen nicht korrekt. Sowohl im Haushaltsplan als auch in den Wirtschaftsplänen ist die Mindestliquidität aber im gesamten Finanzplanungszeitraum eingehalten.
- Die im Gesamtfinanzenhaushalt des Kernhaushalts angegebenen Werte zur veranschlagten Änderung des Finanzierungsmittelbestandes und zum voraussichtlichen Finanzierungsmittelbestand stimmten nicht mit der Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung der Liquidität überein. Die Gemeindeverwaltung legte eine korrigierte Liquiditätsübersicht vor – demnach ist der Bestand an Finanzierungsmitteln jeweils höher als nachrichtlich im Gesamtfinanzenhaushalt ausgewiesen.
- Nach Angaben der Gemeindeverwaltung werden aus den Jahresergebnissen des Kernhaushalts der zurückliegenden Jahre Rückstellungen für den Finanzausgleich gebildet, deren voraussichtliche Höhe im Vorbericht zum Haushalt angegeben ist. Eine Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rückstellungen nach Anlage 14 VwV Produkt- und Kontenrahmen ist im Haushalt nicht enthalten. Sofern Rückstellungen vorhanden sind, ist diese Anlage künftig dem Haushaltsplan beizufügen.
- Die Beziehungen zwischen Haushalts- und Wirtschaftsplan sind in den Planwerken darzustellen. Die im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung für das laufende Jahr und die Folgejahre des Finanzplanungszeitraums ausgewiesene Abführung der Konzessionsabgabe ist im Kernhaushalt jeweils nicht als Einzahlung eingestellt. Künftig ist auf die Übereinstimmung der Veranschlagung in den Planwerken zu achten.
- Für die im Eigenbetrieb Abwasserentsorgung bestehende Gebührenausgleichsrückstellung wurde die Übersicht entsprechend Anlage 14 VwV Produkt- und Kontenrahmen nachgereicht. Allerdings wurde die für das laufende Wirtschaftsjahr vorgesehene Entnahme von rund 43.000 Euro nicht berücksichtigt. Die Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rückstellungen muss alle vorgesehenen Zu- und Abgänge enthalten.
- Die Gemeinde Dischingen beabsichtigt den Eigenbetrieben aus den liquiden Mitteln des Kernhaushalts jeweils ein Darlehen in Höhe von 500.000 Euro zu gewähren. In der Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden für die Eigenbetriebe ist dies so nicht ausgewiesen. Vorgesehene Darlehensaufnahmen von der Gemeinde sind als voraussichtlicher Zugang unter Ziffer 1.2.3 auszuweisen.
- Die Veranschlagung der Darlehensgewährung an die Eigenbetriebe wurde als Investitionszuweisung vorgenommen. Bei Investitionszuweisungen handelt es sich um Zuschüsse für Investitionen, die vom Empfänger nicht zurückgezahlt und vom Zuschussgeber abgeschrieben werden. Die von der Gemeinde Dischingen gewährten Darlehen werden jedoch von den Eigenbetrieben verzinst und getilgt. Die Veranschlagung und Verbuchung der Darlehensgewährung hat daher als Auszahlung für den Erwerb von Finanzver-

mögen (Anleihen) zu erfolgen. Dies auch im Hinblick auf die erforderliche Übereinstimmung mit der vorgenommenen Veranschlagung der Rückzahlung der Darlehen als Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen.

- Den Wirtschaftsplänen sind die neuesten Jahresabschlüsse beizufügen. Dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung ist die Bilanz 2019 beigelegt, dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung ist keine Bilanz angelegt. Künftig ist für beide Eigenbetriebe der neueste Jahresabschluss beizufügen.

Das Bürgermeisteramt wird gebeten, die Haushaltssatzung gemäß § 81 Abs. 3 GemO öffentlich bekannt zu machen und den Haushaltsplan an sieben Tagen öffentlich auszulegen. Bitte legen Sie zu gegebener Zeit einen Nachweis über die öffentliche Bekanntmachung vor.

Hinsichtlich der öffentlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung und der öffentlichen Auslegung des Haushaltsplans gemäß § 81 Abs. 3 GemO ist auf Grund der aktuellen Corona-Pandemie und der damit verbundenen Einschränkungen folgende Verfahrensweise zu beachten:

Terminvereinbarungen als Voraussetzung für die Einsichtnahme in den Haushaltsplan erscheinen vor dem Hintergrund der Corona-Krise möglich und unbedenklich. Allerdings sollte diese Verfahrensweise bereits in die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung und zur Auslegung des Haushalts integriert sein.

Sofern das Rathaus für den Publikumsverkehr geschlossen ist, muss die übliche öffentliche Bekanntmachung um folgende Hinweise ergänzt werden:

- Das Rathaus ist seit ..... für Besucher geschlossen.
- Der Dienstbetrieb bleibt aufrechterhalten.
- Die Einsichtnahme in den ausgelegten Haushaltsplan ist nach vorheriger terminlicher Absprache mit den zuständigen Mitarbeitenden unter der Telefonnummer ..... oder per E-Mail ..... möglich.

Diese Hinweise sind auf die Gegebenheiten vor Ort anzupassen.

Ein Verweis auf die ausschließliche elektronische Auslegung des Haushalts etwa über den Internetauftritt der Gemeinde genügt nicht. Die Auslage hat in physischer Form zu erfolgen, eine Veröffentlichung auf der Homepage ist damit nicht ausreichend. Jedoch ist ein zusätzlicher Hinweis in der öffentlichen Bekanntmachung möglich, dass während der Auslegungsfrist der Haushaltsplan auch im Internet unter [www.....](#) einsehbar ist.

Darüber hinaus sollte ein Hinweis zur telefonischen und elektronischen Kontaktaufnahme an dem in der öffentlichen Bekanntmachung für die Einsichtnahme benannten Ort (in der Regel das Rathaus) auch an allen Eingängen deutlich sichtbar angebracht sein, so dass die Vorgehensweise

für jedermann nachvollziehbar ist und der Zugang zum Haushaltsplan dadurch tatsächlich gegeben ist und nicht eingeschränkt wird.

Es ist wichtig, die Einsichtnahme in den Haushaltsplan und damit auch den hierfür erforderlichen Zutritt zu gewährleisten. Dabei ist es ebenfalls wichtig, geeignete Vorkehrungen zum Infektionsschutz zu treffen – zum Beispiel den Haushalt in einem separaten Raum der Kommunalverwaltung zugänglich zu machen und den Raum aus Gründen des Infektionsschutzes und der Vorsorge durch die Bürger nur einzeln betreten zu lassen. Auf diese Vorkehrungen sollte in der Bekanntmachung deutlich hingewiesen werden. Zusätzlich ist darauf hinzuweisen, dass Fragen zum Haushalt zeitnah telefonisch gestellt werden können, wobei deutlich und für jedermann ersichtlich auf die entsprechenden Kontaktdaten hinzuweisen ist.

Es sollte dokumentiert werden, wie genau der Haushalt ausgelegt und die Einsichtnahme geregelt wurde und wie darauf in der öffentlichen Bekanntmachung hingewiesen wurde. Dies dient dem Nachweis, dass es tatsächlich zu keinen Einschränkungen der Öffentlichkeitsbeteiligung gekommen ist.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Peter Polta'.

Peter Polta  
Landrat